

STELLUNGNAHME DER LUB-STADTRATSFRAKTION

TOP 81-11; 8/2013 SR SANIERUNG UND ERWEITERUNG HALLENBAD; GRUNDSATZBESCHLUSS

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, Herr Beigeordneter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem heutigen Tag findet voraussichtlich eine nunmehr 23-jährige „Achterbahnfahrt“ dieses Stadtrates in Sachen „Bäderfrage“ ihr unrühmliches Ende. Bei näherer Betrachtung der Geschichte könnte man sie sogar als „Geisterbahnfahrt“ bezeichnen. Beginnend mit einer Sanierungsstudie im Jahr 1990 sind – unter Vernachlässigung sämtlicher Kosten für das Projekt Naturbad Im Staden – laut Darstellung der Verwaltung vom 02.04.2012 insgesamt 738.655,65 € an Kosten für Gutachten und Beratung für das heute zur „Verabschiedung“ anstehende Kombibad angefallen, ohne dass hieraus jemals eine konkrete Maßnahme erfolgt ist. Bezeichnenderweise hat der Stadtrat – genau wie jetzt – immer vor oder unmittelbar nach Kommunalwahlen richtungsweisende Beschlüsse gefasst, die dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder korrigiert wurden. Er hat sich von dem „Bäderkönig“ Steinhardt für die Konzeption eines privat betriebenen Bades begeistern lassen und in der Folge 80.000 € für ein absolut wertloses Gutachten bezahlt. Er hat sich vor der Kommunalwahl 2004 einstimmig für die Errichtung eines Kombibades im Kammerwoog ausgesprochen und diesen Beschluss gleich wieder in der nachfolgenden Sitzungsperiode korrigiert. In der Folgezeit hat er sich mehrheitlich für die Durchführung eines ÖPP-Verfahrens zum Bau des Bades entschlossen. Das Scheitern dieses Projektes aufgrund hinreichender Wirtschaftlichkeit, führte im Jahr 2009 zu der „glorreichen Entscheidung“, ein Kombibad in „eigener Regie“ und ohne ein vorher ausgearbeitetes Konzept zur Betriebsführung am Standort Nahbollenbach errichten zu wollen. Das darauf folgende, von über 6.000 Wahlberechtigten unterzeichnete Bürgerbegehren, das den Neubau eines reduzierten Hallenbades in Nahbollenbach und die Sanierung des Freibades Kammerwoog vorsah, hat er aus rein formalen Gründen abgelehnt ohne sich inhaltlich überhaupt damit auseinanderzusetzen. Wir können die Enttäuschung großer Teile der Bevölkerung über dieses ständige „Hick-hack“ und die „Klimmzüge“ dieses Rates sehr gut verstehen und wollen dies auch bei unserem heutigen Abstimmungsverhalten gerne berücksichtigen. Aber am Ende einer solchen „Irrfahrt“ in der Bäderfrage muss man auch die Verantwortlichen dieser „Odyssee“, nämlich SPD und CDU und die von ihnen gestellten Stadtvorstände sowie auch die Freie Liste einmal danach befragen, wie sie zu ihrem Verhalten stehen und ob sie bereit sind, in irgendeiner Weise Verantwortung dafür zu übernehmen. Denn sie haben dieser Stadt mit ihrem Verhalten nachweislich enormen Schaden zugefügt, von den ideellen Folgen für den Zusammenhalt in einer Kommune einmal ganz zu schweigen. Bis zum heutigen Tag haben wir weder vom jetzigen Stadtvorstand noch von den oben genannten Fraktionen, wir nehmen Julia Luthmann als neue Fraktionsvorsitzende der SPD davon ausdrücklich aus, irgend eine Aussage zu ihrem objektiven Fehlverhalten vernommen.

„Täuschen und tarnen“ ist auch weiterhin die Devise von Stadtvorstand und Mehrheitsfraktionen dieses Rates. Gerade vor der aktuellen Bundestagswahl sollten die Wahlbürger/innen genau hinschauen, zu welcher „grandiosen Leistungen“ Koalitionen der beiden sich immer noch so verstehenden Volksparteien auf kommunaler Ebene in der Lage sind. Der beste Beweis hierfür ist der erste Satz in der heutigen Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Er lautet wie folgt: „Nach Beitritt der Stadt Idar-Oberstein zum Kommunalen Entschuldungsfonds und den in der Folge eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen ist der geplante Neubau eines Kombibades **haushaltstechnisch** nicht mehr realisierbar.“

Dieser Satz ist nicht falsch, aber er enthält nur die halbe Wahrheit. Denn erstens hat der Stadtrat sich freiwillig für den Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds und den daraus abzuleitenden Konsequenzen entschieden und zweitens sind die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen zwangsläufige Folgen einer bereits seit Jahren bestehenden und von allen Fraktionen des Rates beklagten katastrophalen Finanzsituation der Stadt. Aufgrund dieser hinlänglich bekannten Lage hätte die Stadt das Projekt, ein Kombibad in eigener Regie bauen zu wollen, nie verfolgen dürfen. Sie hat es – vorrangig mit Rückendeckung der großen Fraktionen – dennoch getan und ist damit – ich kann es leider nicht anders ausdrücken- „voll auf die Schnauze gefallen.“ Als „Tiger“ gestartet und als „Bettvorleger“ gelandet. Dieses allseits bekannte Bild trifft auch hier absolut zu.

In der Haushaltsgenehmigung 2012 vom 26.03.2012 hat die Aufsichtsbehörde der Stadtverwaltung sogar ausdrücklich den Bau des Kombibades wegen unzureichender finanzieller Voraussetzungen untersagt. Konsequenzen daraus zum damaligen Zeitpunkt? Fehlanzeige. Und nun ist, wie die Beratungsvorlage eindeutig zeigt, absolute Eile angebracht und damit verbunden ein unglaublicher Zeitdruck entstanden. Die Stadt muss nun das nachholen, was sie über mehr als ein Jahr versäumt hat. In erster Linie bedeutet dies, den Beschluss des Stadtrates zum Neubau eines Kombibades im Gewerbepark Nahetal aufzuheben, wie es Punkt 1 des Beschlusses der heutigen Vorlage vorsieht. Aber auch hier wird wieder getäuscht und getarnt. Tatsächlich wurde der letzte Grundsatzbeschluss zum Thema Kombibad nicht im Jahr 2006, sondern in der Stadtratssitzung 8/2009 vom 25.08. 2009 gefasst. Nach unserer Auffassung müsste auch dieser Beschluss aufgehoben werden, weil er explizit den Bau des Bades in eigener Regie vorsah. Weiterhin weist weder der Text der Vorlage noch der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf eine außerordentlich bedeutsame Folge eines diesbezüglichen Beschlusses hin, der ganz weit hinten im Text des Haushaltsplanes 2013 versteckt ist. Dort heißt es in den Erläuterungen zum Erfolgsplan Bäder unter dem Stichwort Kombibad wie folgt:

„Bei einem Stadtratsbeschluss, das geplante Kombibad nicht zu bauen, würden die bisher angefallenen Planungskosten zu einem Aufwand von TEUR 564 führen. Die restlichen Kosten (von insgesamt 590.200 TEUR) betreffen Zinsen aus aufgenommenen Darlehen für die bisher verausgabten/geplanten Kosten zum Bauvorhaben.“

Und genau hier liegt der Hund begraben: Mit ihrer Darstellung in der Beratungsvorlage verschweigt die Stadtverwaltung und namentlich der für die Vorlage verantwortliche Dezernent wissentlich, dass mit dem heutigen Tag rund 590 TEUR für nicht mehr benötigte Planungen für das Kombibad schlichtweg abgeschrieben werden müssen und damit den ohnehin hoch defizitären Haushalt der Stadt völlig unnötig weiter belasten. Weiterhin kommt erschwerend noch hinzu, dass Teil 1 des Beschlussvorschlages im Ursprung eine offene Diskussion zu dem Gesamtthema im Hinblick auf eine alternative Planung zum Neubau eines Hallenbades im Gewerbegebiet Nahbollenbach, wie von den Initiatoren des Bürgerbegehrens und der LUB vorgeschlagen, schlicht und einfach verhindert. Somit ist dieser Beschlussvorschlag bezeichnend für die Unfähigkeit des Dezernenten im Hinblick auf konstruktive Verhandlungen mit dem Planungsbüro Krieger zur möglichen Verwendung der bereits gelieferten Pläne zur Anwendung bei einem reinen Funktionshallenbad im Gewerbepark Nahetal. Sicherlich hätte man zumindest Teile der Planung dafür verwenden und weitere, zum Teil notwendige Europa-weite Ausschreibungen vermeiden können. Es wurde zu keinem Zeitpunkt von Seiten der Verwaltung und des Stadtvorstandes glaubhaft dargelegt, weshalb dies nicht möglich sei.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Ablehnung eines Antrages der LUB im Stadtwerksausschuss, einen Kostenvergleich zwischen dem Neubau eines Funktions-Hallenbades in Nahbollenbach und der Sanierung des alten Hallenbades, die zu einem früheren Zeitpunkt von der Verwaltung, als sie noch für das Kombibad eintrat, strikt abgelehnt wurde, durchzuführen und damit die notwendige Transparenz in dieser Angelegenheit herzustellen. Wie durch ein Wunder wurde das vorher als „marode“ eingestufte alte Hallenbad plötzlich wieder zum lohnenswerten Sanierungsobjekt. Ein möglicher Grund für dieses Verhalten könnte die - ohne Abstimmung mit dem Stadtrat - getroffene frühe öffentliche Festlegung des Oberbürgermeisters auf eine Sanierung des Hallenbades sein, wie sie von uns bereits bei der Beratung des Haushaltes 2013 kritisiert worden war. Mit Hilfe eines von ihm offensichtlich bestellten Brandbriefes von Innenminister Lewentz, welcher der Verwaltung bereits seit Mitte Juni 2013 (!) vorliegt, und dem Stadtrat erst mit den heutigen Beratungsunterlagen Ende August bekannt wurde, versucht er nun das von ihm favorisierte Konzept im wahrsten Sinne des Wortes „durchzupeitschen“. Das ist kein feiner Stil. Es zeigt jedoch, was er von diesem Stadtrat letztendlich hält.

Sie werden verstehen, dass wir – insbesondere Punkt 1 des Beschlussvorschlages - aus den oben genannten Gründen nicht zustimmen können. Mit viel Bauchgrimmen – weil wir nach wie vor gegen die später zu vollziehende Schließung des Lehrschwimmbekens Heidensteil sind, können wir bei Einzelabstimmung der Punkte 1-3 des Beschlussvorschlages - die wir hiermit beantragen - den Punkten 2 und 3 zustimmen, auch wenn die Anlage 3 – Kosten Sanierung Hallenbad - noch sehr viele Fragen offen lässt. Wir werden dazu in den folgenden Ausschuss- und Stadtratssitzungen noch nachhaken, um diese zu klären. Unsere Zustimmung zu diesen Punkten bei Einzelabstimmung erfolgt vor dem Hintergrund, dass die Bevölkerung es schlichtweg leid ist, eine weitere Verzögerung in der Bäderfrage hinzunehmen und viele Menschen in der Stadt mit diesem zentralen und auch per Bus gut erreichbaren Standort einverstanden sind. Wir können auch nachvollziehen, dass die Geduld des Landes langsam zu Ende geht. Von daher gilt der Grundsatz: Lieber ein Ende mit Schrecken – als ein Schrecken ohne Ende. Insgesamt sind wir sehr unzufrieden mit dem über Jahrzehnte erfolgten Verlauf der Debatte, bei der wir zu allen Zeiten inhaltlich konstruktive Vorschläge unterbreitet haben, die jedoch bei den festgefahrenen Strukturen in Stadtrat und Verwaltung keine Chance auf Verwirklichung hatten. Wir hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die Gelegenheit wahrnehmen, dieses „parlamentarische Trauerspiel“ bei den anstehenden Kommunalwahlen entsprechend zu würdigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte darum, diese Stellungnahme zum Protokoll der heutigen öffentlichen Sitzung des Stadtrates zu nehmen.

Anmerkung: Es gilt das gesprochene Wort.